

Hannover: Das Gericht stinkt (1993)

Nach einem Urteil des Verwaltungsgericht Hannover vom Mittwoch, darf die Stadt Hildesheim ein Wohnheim für Flüchtlinge nicht im Stadtgebiet bauen.

Begründung: Die von den Asylbewerbern ausgehenden "Immissionen" sind den Anwohnern "nicht ohne weiteres zuzumuten".

Nach dem Duden sind Immissionen "Einwirkungen von Luftverunreinigungen, Schadstoffen Lärm usw."

Diesem handfesten Rassismus setzt das Verwaltungsgericht aber noch eins drauf.

"Die Kammer berücksichtigt dabei, das in Übergangwohnheimen für ausländische Flüchtlinge auch solche Personen Aufnahme finden können, die infolge ihrer gänzlich unüblichen Gewohnheiten, Lebensstile, Familiengröße, aber auch der zu beobachtenden Rücksichtslosigkeit oder übergroßen Zahl jugendlicher Mitglieder in so enger räumlicher Unterbringung Nachbarn eines Wohngebietes nicht ohne weiteres zumutbar sind."

"Diese Urteilsbegründung ist menschenverachtend und rassistisch" so Hannes Kempmann Grünen-Abgeordneter im niedersächsischen Landtag. Er fordert ein Antidiskriminierungsgesetz das offene und versteckte Ausländerfeindlichkeit unter Strafe stellt.

Anscheinend werden rassistische Äußerungen allmählich zum normalen Umgangston bei einigen Staatsangestellten. Bekannt wurde auch vor einigen Tagen ein Brief eines Moselaner Bürgermeisters an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Bubis, in dem er sich darüber freut das es in seinem Dorf keine Juden gibt die den Dorffrieden stören.

Nach heftigen Protesten kamen Lahme Demetis des Bürgermeisters die nur kaschieren das wirkliche Vorhaben, den Rassismus hoffähig zu machen.

Der Bürgermeister ist zwar inzwischen zurückgetreten. Aber mit welcher Begründung:

die sogenannten freien deutschen Medien hätten ihn und den gesamten Ort terrorisiert. Ich muß mich schützend vor meine Bürger stellen."

Worauf flugs nach dieser Erklärung der zuständige Landrat nun daran denkt, sein Dienstordnungsverfahren gegen den Bürgermeister wieder einzustellen.